

Trumps Rede zur Lage der Nation: Die wichtigsten Punkte

Der US-Präsident konzentrierte sich in seiner rekordverdächtigen Rede auf die Wirtschaft, Zölle, Grenzsicherheit und Außenpolitik.

25. Februar 2026

US-Präsident Donald Trump hat vor einer gemeinsamen Sitzung des Kongresses seine Rede zur Lage der Nation gehalten und diese Rede zur besten Sendezeit genutzt, um die Bilanz seiner Regierung zu verteidigen und die politischen und wirtschaftlichen Prioritäten im Vorfeld der Zwischenwahlen 2026 zu skizzieren.

Die Rede am 24. Februar, die erste Rede zur Lage der Nation in Trumps zweiter Amtszeit, dauerte etwa 1 Stunde und 49 Minuten und war damit die längste Rede dieser Art in der modernen Geschichte.

Trump stellte seine Ausführungen in den Kontext des bevorstehenden 250. Jahrestags der Unabhängigkeitserklärung und erklärte, die USA seien in ein „goldenes Zeitalter Amerikas“ eingetreten. Er sagte den Gesetzgebern, die Nation werde „wieder respektiert – vielleicht wie nie zuvor“. Die Rede verband wirtschaftliche Botschaften, Themen der nationalen Sicherheit und innenpolitische Vorschläge und fand vor dem Hintergrund einer politischen Polarisierung statt, die durch sichtbare Proteste und Boykotte der Demokraten gekennzeichnet war.

Wirtschaft und Inflation

Ein Großteil der Rede konzentrierte sich auf die Wirtschaft. Trump argumentierte, dass die Inflation im vergangenen Jahr stark zurückgegangen sei, und bezeichnete die Leistung des Landes als „Wende für die Ewigkeit“. „Unsere Nation ist größer, besser, reicher und stärker als je zuvor“, sagte er und führte das erneute Wachstum auf Steuersenkungen, Deregulierung und Zölle zurück.

Trump sagte, die Kerninflation sei in den letzten drei Monaten des Jahres 2025 auf 1,7 Prozent gesunken. Offizielle Daten zeigen, dass die Inflation gegenüber ihrem Höchststand von über 9 Prozent im Jahr 2022 nach der Pandemie deutlich zurückgegangen ist. In den letzten Monaten schwankte sie jedoch je nach verwendeter Messgröße um das langfristige Ziel der Federal Reserve von 2 Prozent.

Der Präsident verwies auch auf die Gewinne an den Aktienmärkten und kündigte Investitionszusagen des privaten Sektors als Beweis für die Erholung an. Er wiederholte seine Behauptung, dass er eine historisch hohe Inflation geerbt habe, obwohl offizielle historische Daten zeigen, dass in den 1970er und frühen 1980er Jahren höhere jährliche Inflationsraten auftraten.

Zölle und Handelspolitik

In seiner Rede kritisierte Trump direkt das, was er als „unglückliche Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA“ bezeichnete, mit der wichtige Teile seiner Zollpolitik für ungültig erklärt wurden.

Der Streit geht auf Trumps frühere Entscheidung zurück, nach seiner Wiederwahl weitreichende „gegenseitige“ Zölle für eine Vielzahl von Ländern zu verhängen, mit der Begründung, dass die Handelspartner die USA unfair behandelt hätten. Er stützte sich auf Notstandsbefugnisse gemäß dem International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) von 1977, um die Maßnahmen zu rechtfertigen. Mehrere Bundesstaaten und Unternehmensverbände fochten die Politik vor Gericht an. Der Oberste Gerichtshof hob die meisten der von ihm unter Berufung auf Notstandsbefugnisse verhängten Zölle auf und entschied, dass das Gesetz keine umfassenden Zölle für fast alle Länder zulasse.

„Trotz des enttäuschenden Urteils“, so Trump, würden die Zölle „aufgrund von seit langem bewährten Gesetzen bestehen bleiben“, und fügte hinzu, dass „keine Maßnahmen des Kongresses erforderlich sein werden“. Er erklärte, er werde sich auf alternative Rechtsgrundlagen stützen, um seine Handelsagenda aufrechtzuerhalten.

Nach der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs erklärte Trump, er werde sich einer anderen Handelsbehörde zuwenden, und kündigte einen neuen globalen Zollsatz von 10 Prozent an, der seiner Aussage nach noch weiter steigen könnte. Diese Bestimmung erlaubt es, ohne Zustimmung des Kongresses für bis zu 150 Tage Zölle zu erheben. Trump argumentiert, dass Zölle letztendlich die Einkommenssteuern ersetzen könnten, während die EU und andere Partner warnen, dass sie zu Preissteigerungen führen und der Weltwirtschaft schaden könnten.

Einwanderung und Grenzsicherheit

Einwanderung blieb ein zentrales Thema. Trump behauptete, die USA hätten nun die „stärksten und sichersten Grenzen in der amerikanischen Geschichte“ und fügte hinzu, dass illegale Grenzübertritte und der Handel mit Fentanyl im vergangenen Jahr zurückgegangen seien.

Offizielle Daten der US-Zoll- und Grenzschutzbehörde zeigen, dass illegale Grenzübertritte an der Grenze zwischen den USA und Mexiko im Vergleich zu den Höchstständen der Vorjahre stark zurückgegangen sind.

Trump erwähnte die Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) in seiner Rede nicht, obwohl diese Behörde nach wie vor eine zentrale Rolle in der Einwanderungsdebatte spielt. Ihre Operationen und Abschiebungen haben in mehreren Städten Proteste ausgelöst, und tödliche Zwischenfälle bei der Durchsetzung der Gesetze haben zu Ermittlungen und öffentlichen Demonstrationen geführt.

Wahlgesetze und Sozialpolitik

Trump drängte den Kongress, den „Save America Act“ zu verabschieden, der einen Nachweis der Staatsbürgerschaft bei der Registrierung zur Wahl und eine Identitätsprüfung der Wähler vorschreibt. Er sagte, der Vorschlag würde die Integrität der Wahlen stärken.

„Betrug ist bei unseren Wahlen weit verbreitet. Er ist weit verbreitet“, sagte Trump. „Sie wollen betrügen. Sie haben betrogen. Und ihre Politik ist so schlecht, dass sie nur durch Betrug gewählt werden können, und wir werden dem ein Ende setzen.“

Demokratische Gesetzgeber argumentieren, dass strengere Anforderungen an den Wählerausweis und die Staatsbürgerschaft für einige wahlberechtigte Wähler Hindernisse schaffen könnten.

Der Präsident forderte außerdem Beschränkungen für Minderjährige beim Zugang zu geschlechtsspezifischer medizinischer Versorgung ohne elterliche Zustimmung und stellte das Thema als eine Frage der elterlichen Rechte dar.

Trump sagte, Vizepräsident J.D. Vance werde einen „Krieg gegen Betrug“ führen, um Verschwendung in der Regierung aufzudecken und zu reduzieren.

Außenpolitik: Iran, Russland und Ukraine

Die Außenpolitik nahm einen geringeren Teil der Rede ein, enthielt jedoch Verweise auf den Iran und die Ukraine.

Trump verwies auf die US-Militäroperation gegen iranische Nuklearanlagen im vergangenen Jahr und erklärte, Washington befinde sich weiterhin in Verhandlungen mit Teheran.

„Ich bevorzuge es, dieses Problem auf diplomatischem Wege zu lösen“, sagte er und fügte hinzu, er werde es niemals zulassen, dass der Iran Atomwaffen erhalte. Teheran hat wiederholt bestritten, nach Atomwaffen zu streben, während russische Beamte zuvor westliche Vorwürfe zurückgewiesen haben, iranische Waffen würden im Ukraine-Konflikt eingesetzt.

Trump bekräftigte auch seine Doktrin „Frieden durch Stärke“, verwies auf erhöhte Militärausgaben und forderte die NATO-Verbündeten auf, ihre Verteidigungsausgaben auf 5 Prozent des BIP anzuheben.

Zum Ukraine-Konflikt wiederholte Trump seine Behauptung, dass dieser nicht ausgebrochen wäre, wenn er zu diesem Zeitpunkt Präsident gewesen wäre. Er sagte, seine Regierung arbeite „sehr hart“ daran, den Konflikt zu beenden, skizzierte jedoch keine konkreten neuen Initiativen.

Mexiko und Venezuela

Trump lobte eine kürzlich durchgeführte mexikanische Sicherheitsoperation, die zum Tod des Kartellführers Nemesio Oseguera Cervantes – bekannt als „El Mencho“ – führte, und hob die Bemühungen der USA hervor, mutmaßliche Drogenschmuggeloperationen in südamerikanischen Gewässern zu bekämpfen. Er verwies auch auf die Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolas Maduro und stellte sie als Teil umfassenderer Bemühungen zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität dar. Maduro wurde im Rahmen einer von den USA unterstützten Militäroperation in Caracas entmachtet und in die USA geflogen, wo er sich wegen Verstößen gegen Bundesgesetze verantworten muss. Washington hat diese Maßnahme als rechtmäßige Aktion im Zusammenhang mit Ermittlungen wegen Drogenhandels und Korruption dargestellt, während venezolanische und mehrere internationale Beamte sie als „Entführung“ und Verletzung der nationalen Souveränität verurteilt haben.

Aktienhandel durch Kongressabgeordnete

Trump forderte Gesetze zur Einschränkung des Aktienhandels durch Kongressabgeordnete und argumentierte, dass es ihnen „nicht gestattet sein darf, von Insiderinformationen zu profitieren“. Solche Praktiken untergraben das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Regierung.

Während seiner Rede hob Trump die ehemalige Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, hervor und verwies auf langjährige politische Kritik im Zusammenhang mit den von ihrer Familie offengelegten Aktiengeschäften. Pelosi hat jegliches Fehlverhalten bestritten.